

Freiheit für die Warschauer Drei

Info Broschüre über die verhafteten Anarchisten in Warschau (Polen)

Juli 2016, resiste.squat.net

Wegen angeblicher versuchter Brandstiftung an einem Polizeiauto wurden drei Anarchisten angeklagt und verhaftet

Am 23 Mai 2016 wurden drei Anarchisten von der Polizei in Warschau verhaftet. Seitdem befinden sie sich bis zu ihrem Prozess in Untersuchungshaft. Bis der Prozess beginnt, können 3 bis 6 Monate vergehen. Einer der Angeklagten wurde auf brutale Weise von der Polizei zusammengeschlagen. Das Strafmaß steht noch nicht fest, es drohen jedoch bis zu 8 Jahre Knast. Die Genossen beteuern ihre Unschuld und weisen jegliche Anschuldigungen bezüglich dieser Aktion von sich.

Die Anschuldigungen lauten: Terrorismus, illegaler Besitz von Sprengstoff mit Absicht der Brandstiftung an einem Polizeiauto. Die Anschuldigungen sind sehr ernst zu nehmen. Von Bullen und Presse werden sie als „Terroristen“ abgestempelt, obwohl die Brandstiftung gar nicht stattgefunden hat.



Die ersten Anhörungen der Genossen haben am 24. Mai im „Büro der Staatsanwaltschaft“ stattgefunden. An diesem Termin waren Spuren von Misshandlungen an den Körpern der inhaftierten

Anarchisten zu sehen. Am 25 Mai, während des Verlaufs der Anhörungen durch die Staatsanwaltschaft, wurde entschieden, sie über drei Monate in U-Haft einzusperren (das könnte sich automatisch bis 6 Monate verlängern). Außerdem befinden sich die Drei in Isolationshaft, ihnen wird jeglicher Kontakt mit ihren Familien und Angehörigen verweigert und während der ersten Woche ihrer Verhaftung hatten sie nicht einmal Kontakt zu ihren Anwälten.

Die staatlichen Massenmedien reproduzieren die Staatspropaganda. Der polnische Staat begann mit der Verhaftung der Drei eine Hetze gegen die „Terroristen“, die in einer Massenhysterie vor der terroristischen Bedrohungen mündete. In diesem Klima der Angst konnte der Staat schon einige seiner neuen Anti-Terrorgesetze rechtfertigen und durchsetzen, welche eine totale Kontrolle und Überwachung der Gesellschaft zulassen. Nach Inkrafttreten des neuen Anti-Terrorgesetzes vom 10. Juni kam am 23. und 30. Mai in verschiedenen polnischen Städten zu falschen Bombenalarmen. Diese führten zur Evakuierung von Einkaufszentren, Banken und der Chefredaktion von Presse und Fernsehanstalt.

Die Welle der Repressionen gegen die anarchistische Bewegung in ganz Polen steigt deutlich an. Am 23. Mai suchten Bullen gleich vier mal das Kollektiv „Radykalne Ogrody Działkowe ROD“ (Radical Allotment Gardens) auf. Das ROD-Kollektiv (Besetzte ehemalige Schrebergärten) ist im Kampf gegen Gentrifizierung und gegen Investoren aktiv und kämpft für mehr Ernährungssouveränität. Seitdem wird das Projekt ständig von uniformierten „Besucher_innen“ belästigt. Ein Genosse aus Krakau, der im Internet eine ironische Website betreibt, die die Anschuldigungen und Vorgehensweisen der Polizei gegenüber der Hetze auf Anarchist_innen kritisierte, und der in verschiedenen „social medias“ aktiv ist, wurde ED-behandelt, befragt und sein Apartment wurde durchsucht. In Warschau hört man von immer mehr Fällen, bei denen Genoss_innen von Bullen schikaniert werden. Wichtige Freiräume der anarchistischen Bewegung werden immer stärker überwacht.

Fast gleichzeitig töteten die Bullen Igor Stachowiak in Breslau. Eine Reaktion auf diesen Mord gab es weder von Politiker_innen, Journalist_innen, Polizist_innen noch den sog. „Terrorismusexpert_innen“. Über diesen

von Bullen ausgeführten Mord an Igor gab es fast keine Resonanz in der Presse. Wir werten Morde durch Polizisten jedoch „nur“ als Spitze des Eisbergs. Erpressungen, Prügel und illegaler Schutz der Interessen der einflussreichen Menschen sind nur einige Beispiele dessen, was wir tagtäglich erleben. Von den jährlichen 16.000 Beschwerden gegen die Polizei werden von Seiten der Behörden lediglich 5 Prozent anerkannt. Dies ist unter anderem ein Ergebnis jahrelanger selektiver Berichterstattung und dem Vorenthalten von Informationen. Die dadurch entstandene Atmosphäre der Hetzjagd gegen das gesamte Spektrum der anarchistische Bewegung bildet nun einen Nährboden für Repressionen und der Überwachung der sozialen Bewegung, welche sich gegen einflussreiche Interessengruppen in Polen stellt.

Die anarchistische Bewegung in Polen setzt sich kompromisslos für soziale Gerechtigkeit und gegen Repressionen von politischen „Business“ Eliten ein. Es gibt Gruppen, die sich zu ökologischen, anti-rassistischen Arbeits- und Mietkämpfen sowie gegen Landraub organisieren. Die fehlende soziale Kontrolle über die Polizei führt dazu, dass seit einigen Jahren unkontrollierte Gewalt gegen Menschen ausgeübt wird, welche dieses gewaltbereite System mit verschiedenen Mitteln Bekämpfen.

Gerade jetzt brauchen wir eine breite Unterstützung im Bezug auf die bevorstehende Angriffe des Staates und eine uneingeschränkte Solidarität mit den verhafteten Genossen! Am 2. Juli gab es in Warschau mehrere Streikposten (Kundgebungen), die für die Solidarität mit den Verhafteten Anarchisten aufbegehren. Wir hoffen und zählen auf eure Solidaritätsaktionen an anderen Orten. Ihr könnt uns auch sehr helfen, indem ihr Spenden sammelt, mit denen wir die Anwaltskosten tragen können und die Angeklagten unterstützen können.

Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Freiheit für die Warschauer drei und alle politischen Gefangenen!

Das neue Anti-Terror Gesetz

Das Gesetzesvorhaben zum neuen polnischen Anti-Terrorgesetz wurde am 21. April 2016 vom Innenministerium und der Verwaltung veröffentlicht. Das Gesetz enthält Maßnahmen, die weder mit der polnischen Verfassung, noch den europäischen Vereinbarungen zur Wahrung der Menschenrechte vereinbar sind. Die Diskriminierung von Ausländer_innen (davon sind ebenso Europäer_innen anderer Nationalitäten betroffen) stellt nämlich den Eckpfeiler dieses Vorhabens dar. Ohne Rücksicht auf Kritik nehmen zu wollen, die sowohl aus dem Inneren des Landes als auch aus dem Ausland zu hören war, wollte die Regierung das Gesetz am 1. Juni 2016 mit Gewalt durchsetzen. Letztendlich konnte die gewaltsame Durchsetzung am 10. Juni 2016 erfolgen.

Die polnische Regierung behauptet, dass das neue Anti-Terror Gesetz notwendig ist, um die Koordination von Geheimdiensten zu verbessern und um potentielle Übereinkünfte im Rahmen des NATO-Gipfels (Juli 2016) sowie dem Weltjugendtag (Juni 2016) treffen zu können. Während die Notwendigkeit zur Verbesserung der Arbeit der Geheimdienste, eine gute Koordination zwischen den verschiedenen Geheimdiensten und die Einrichtung wirksamer Mechanismen für diesen Zweck angemessen erscheinen mögen, geht das neue Anti-Terror-Gesetz viel weiter, beschneidet es doch die Grundrechte insbesondere in Bezug auf Rechte für in Polen lebende Ausländer_innen oder Durchreisende. Die Regierung hat sichtlich Mühe zu erklären, wie solche Maßnahmen – die nicht nur auf potentielle Terroristen abzielen, sondern auf alle Ausländer_innen oder Nutzer_innen spezieller Technologien – zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit beitragen sollen.

Das neue Anti-Terror Gesetz beinhaltet:

1. Einschränkung des Versammlungsrechts

Anhand der Tatsache, dass terroristische Handlungen oder die Bedrohung durch solche nur sehr unklar definiert werden, kann die Regierung eine Reihe von speziellen Maßnahmen im ganzen Land vornehmen und gewinnt so ein wirksames Mittel, um öffentlichen Protest zu kontrollieren. 2012

wurden im Rahmen der Mobilisierung gegen das ACTA-Abkommen einige regierungseigene Internetseiten gehackt, was nun als illegale Handlung gegen die öffentliche Sicherheit angesehen werden kann. Dem neuen Anti-Terror Gesetz zufolge ist diese Form sozialen und bürgerlichen Protests eine terroristische Handlung. Hätte das Gesetz bereits zu diesem Zeitpunkt existiert, wäre es möglich gewesen, jeglichen Protest schon im Vorfeld zu unterbinden.

2. Einschränkung des Rechts auf freie Telekommunikation

Das Gesetz verpflichtet die Nutzer_innen von Handy prepaid-Karten, diese beim Kauf namentlich unter Vorlage eines Ausweisdokumentes zu registrieren. Diese Maßnahme wird im Kampf gegen Kriminalität wenig nützlich sein, da sie sehr einfach von Personen, die dazu entschlossen sind, umgegangen werden kann (insbesondere wenn die Person aus dem Ausland kommt). Stattdessen schränkt sie zum Beispiel die Rechte von Journalist_innen ein, die ihre Informationsquellen schützen möchten, oder Bürger_innen, die ein legitimes Interesse daran haben, ihr Privatleben schützen zu wollen.

3. Unbeschränkter Zugang zu öffentlichen Daten für interne Sicherheitsbehörden

Die internen Sicherheitsbehörden bekommen nach diesem Gesetz ein unbeschränktes Recht auf Zugang zu den Datenbanken von öffentlichen Einrichtungen, auf städtische Register oder Polizeiakten und darin gespeicherte Fingerabdrücke, ohne dass irgendein Kontrollinstrument zur Verfügung steht.

4. Alle Ausländer_innen werden zu Verdächtigen

Die derzeitigen Regelungen zum Schutz der Freiheitsrechte von Ausländer_innen unterliegen polnischen Gesetzen, die momentan erheblich zum negativen abgeändert werden. Das Telefon von Ausländer_innen kann ohne die Entscheidung eines Richters von der Polizei abgehört werden, eine Identitätsprüfung anhand der Abnahme von Fingerabdrücken kann jederzeit durchgeführt werden. In einem ethnisch relativ homogenen Land wie Polen schafft dies eine Gefahr der Diskriminierung anhand von „racial profiling“, also einer Diskriminierung aufgrund der Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit. Während diese Maßnahmen scheinbar nur auf Ausländer_innen abzielen, kann jedoch hier vielmehr jede_r betroffen sein, da sämtliche Kommunikation mit einer verdächtigen Person auf das gleiche Niveau von Null- Freiheit setzt.

5. Der Zugang zum Internet kann auf Anfrage der internen Sicherheitsbehörden gesperrt werden

Es ist geplant, auf Antrag des Leiters der internen Sicherheitsdienste sofort den Zugang zum Internet blockieren zu können. Erst nach fünf Tagen soll ein Gericht prüfen, ob die Sperrung aufrecht erhalten bleibt und ob sie gerechtfertigt ist. Menschen, die Anleitungen zur Herstellung von Explosiven finden wollen (die oft nur schwer für die breite Öffentlichkeit zu finden sind), werden sie trotzdem finden. Die Technik, die solche Inhalte filtern soll, wird höchstwahrscheinlich letztendlich nur dazu benutzt werden, den Zugang zu anderen Arten von Inhalten zu verhindern. Zusätzlich zu seinem sehr umstrittenen Charakter und der Tatsache, dass es unberechtigt ist, ist dieser Teil des Gesetzes ohne jegliche Art der Befragung der Bürger_innen eingeflossen und ließ dem Parlament weniger als einen Monat vor seinem Erlass Zeit, sich damit auseinanderzusetzen, was dementsprechend logischerweise keinerlei öffentliche Debatte möglich gemacht hat.

Bezüglich der drei verhafteten Anarchisten in Warschau

In der Nacht auf den 23. Mai hat die Polizei in Warschau drei Anarchisten festgenommen, die der versuchten Brandstiftung an einem Polizeiauto verdächtigt wurden. Die Inhaftierten müssen nun 3 Monate auf die Gerichtsverhandlung warten. Ihnen droht eine Freiheitsstrafe von 8 Jahren.

In den darauf folgenden Tagen brach ein Mediensturm aus, bei dem hochrangige Politiker und Terrorexperten den Fall im Fernsehen diskutierten. Immer wieder werden die Fotos und Videos auch im öffentlichen Verkehr ausgestrahlt. Es wird gezeigt wie die Inhaftierten an Händen und Füßen angekettet gehen müssen. Der folgende Text ist eine Übersetzung einer Stellungnahme verschiedenster Gruppen der anarchistischen

Bewegung und der weitreichenden sozialen Gerechtigkeitsbewegung in Polen. Entstanden ist diese als Reaktion auf die Verhaftungen.

Offener Brief in Bezug auf die Festnahme von drei Anarchisten in Warschau

Es gibt immer mehr absurde Meldungen seitens der Massenmedien über die drei am 23. Mai festgenommenen Anarchisten. Wir interpretieren dies als den Versuch, Angst aufzubauen und soziale Proteste in Polen zu kriminalisieren.

Dies ist kein Zufall. Je näher die Durchführung des so genannten Anti-Terrorismus Gesetzes rückt, desto stärker stellen die Medien und Politiker die Realität in einer Weise dar, die dieses Gesetz als notwendig erscheinen lassen soll. Berichtet wird über den vermeintlichen Versuch, an einem Polizeiauto Feuer zu legen und von dem Einsatz der Polizei, jedoch nicht über andere Ereignisse, welche die Polizei in ein schlechtes Licht stellen. Fast zum gleichen Zeitpunkt wurde Igor S. in Wroclaw durch die Polizei getötet. Dieser Vorfall führte keine Reaktion herbei. Die Empörung der Masse von Politikern, Medien, Polizisten und Terrorexperten blieb aus. Von wenigen Journalisten wird Kritik ausgeübt, wenn die Polizei einen Menschen tötet. Diese Todesfälle sind nicht die einzige Art von Gewalt, die von der Polizei ausgeübt wird. Erpressungen, Körperverletzungen, widerrechtlicher Schutz von privaten Interessen der Einflussreichen – jedes Jahr gibt es 16 Tausend Klagen aufgrund Handlungen der Polizei und nur 5% von diesen werden als begründet anerkannt. Als Folge der Selektivität und des Verschweigen seitens der Medien macht sich die Polizei keine Sorgen um rechtliche Konsequenzen ihrer Handlungen. Man kann vermuten, dass diese Taktik bewusst gewählt wird, damit betroffene Leute die Polizei erst gar nicht anklagen wollen. Nur laute Proteste verhindern, dass die Polizeirepressionen in Vergessenheit geraten. Die Medien lassen keine Gelegenheit unversucht, die Polizei darin zu unterstützen, immer mehr Kompetenzen zu gewinnen, während die soziale Kontrolle darüber, was die Polizei macht, immer geringer wird.

Heute gewinnt diese Hysterie über den vermeintlichen Anschlag neue Befürworter des „Anti-Terrorismus“ Gesetzes, welches unkontrollierte Überwachung, unbegründete Festnahmen und unbegrenzte Polizeigewalt gegenüber der ganzen Gesellschaft erlaubt. Zudem ziehen die verantwortungslosen Journalisten Nutzen aus der Sensation und verbreiten Angst, was dazu beiträgt dazu, das immer mehr Leute irrtümlicherweise von der Notwendigkeit dieses Gesetzes überzeugt werden, obwohl manche sogar bekannte Politiker Zweifel daran haben.

Die Anarchistische Bewegung ist unter anderem in Arbeiter-, Mieter-, ökologischen und antirassistischen Gruppen aktiv. Sie kämpft gegen den Landraub, gegen soziale Ungerechtigkeit und gegen Repressionen, die von Business- und Politikeliten ausgeübt wird. Die bewusste Kriminalisierung der ganzen Bewegung dient dazu, Repressionen und Überwachung zu berechtigen, während jegliche Form von Widerstand ausgeschaltet und verhindert werden soll.

Als die Mietrechtsaktivistin Jolanta Brzeska (die nur 50 Meter von der Polizeiwache entfernt wohnte) wiederholt geplagt und schließlich im März 2011 ermordet wurde, fanden weder Pressekonferenzen statt, noch kommentierten Experten und Politikelite das Vorgefallene. Es gab keine Debatten im Fernsehen, keine Expertenmeinungen und keine detaillierte Berichterstattung darüber, dass sie entführt und wie eine Hexe lebendig verbrannt wurde. Von dem Immobilienunternehmer, der sie belästigte, wurde kein psychologisches Profil erstellt; er wurde nicht einmal des Mordes verdächtigt. Es ist eine Tatsache, dass die Angriffe gegen die Kämpfer für soziale Gerechtigkeit keine Aufmerksamkeit von der Gesellschaft bekommen.

Bei Angriffen gegen Arbeiter- und Mietrechte bleibt die Aufmerksamkeit der Presse und die Information der Öffentlichkeit gänzlich aus. Im Gegensatz dazu wird die Behauptung des vermeintlichen Versuchs von Brandstiftung an einem Polizeiauto, die de facto nicht stattgefunden hat, von den Medien hochstilisiert.

Die Anarchisten werden „Terroristen“ genannt, sie werden entmenschlicht und kriminalisiert. Dies führt dazu, dass eine breite Öffentlichkeit der psychischen und körperlichen Gewalt gegen die Festgenommenen zustimmt, anstatt sich darüber zu empören. Diese Etikettierung ermöglicht es der Polizei, die Festgenommenen ungestraft zu foltern, wovon ihr gegenwärtiger Gesundheitszustand zeugt.

Jeder Mensch sollte die Panikmache hinterfragen, die von der Presse und der Polizei erschaffen wurde und die Illusion der „guten“ (Staats-)Macht, die sich um unsere Sicherheit kümmert, keinen Glauben schenken. Wir haben das Recht zu hinterfragen, wer Interesse daran hat, dass das Erzählte so dargestellt wird und wer Nutzen aus dieser Situation zieht. Sind gerechte Urteilsprüche überhaupt möglich, wenn das Geschehene solchermaßen manipuliert wird?

Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden weiter um soziale Gerechtigkeit kämpfen, auch beugen wir uns nicht vor dem Willen eines Polizeistaates, welcher sich immer mehr zu etablieren versucht. Wir appellieren an die Medien: Wenn ihr keinen Mut habt, die bereits lang andauernde Polizeigewalt zu verurteilen, die den ganzen Staatsapparat unterstützt, habt ihr kein Recht, die inhaftierten Anarchisten zu verurteilen und Angst und Ablehnung gegenüber der anarchistischen Bewegung zu verbreiten. Diese Bewegung ist von keiner Macht, keinem Business und keiner Kirche erschaffen worden oder wird von einer dieser Mächte unterstützt. Ihr liegt die lange Geschichte der sozialen Kämpfe zugrunde, die alle Repressionen überlebt hat und überleben wird.

Wir solidarisieren uns mit den Verhafteten und appellieren an alle Menschen, sich mit ihnen zu solidarisieren. Kein Einverständnis mit dem Staat, der auf Angstkampagnen und Polizeigewalt basiert!

Kolektyw Syrena (Collectif Syrena)

Warszawskie Stowarzyszenie Lokatorów (Association des locataires de Varsovie)

Kolektyw Przychodnia (Collectif Przychodnia)

Ruch Sprawiedliwości Społecznej (Groupe de Justice Sociale)

Kancelaria Sprawiedliwości Społecznej (Laboratoire de Justice Sociale)

Warszawska Federacja Anarchistyczna (Fédération Anarchiste Varsovie)

Jedzenie Zamiast Bomb – sekcja Warszawa (Food Not Bombs – section de Varsovie)

Antyfaszystowska Warszawa (Antifaciste Varsovie)

ROD Kolektyw (The Radical Allotment Gardens Collective, Collectif des Jardins Urbains Radicaux)

Codziennik Feministyczny (Journal Féministe)

161 Crew

Antyfaszystowski Konin (Antifaciste Konin)

No Borders Warszawa

Stowarzyszenie Wolne Konopie (Association Free Cannabis)

Koniec Stagnacji (Against Stagnation)

Kolektyw Reaktor (Reactor Collective)

Squat RC10

Chronologie

Unten befindet sich eine Chronologie der jüngsten Ereignisse, die mit der Verhaftung der drei Anarchisten in Verbindung stehen. In kursiv gesetzt sind Ereignisse, die zur Medienhysterie beigetragen haben und der Regierung helfen ein neues Anti-Terror-Gesetz einzuführen.

23. May, 2016.

3:30 Uhr (nach Polizeiangaben), Warschau, Polen: Die Polizei nimmt im Włochy-Bezirk drei Anarchisten fest. Sie werden beschuldigt im Besitz von Sprengkörpern zu sein und sie für einen Brandanschlag auf ein Polizeiauto nutzen zu wollen.

4:20 Uhr, Warschau, Radical Allotment Gardens (pl.: ROD): 6 verdeckte Ermittler brechen ohne richterlichen Beschluss ins ROD Areal ein, durchsuchen das Areal, befragen Anwesende und geben widersprüchliche Gründe für ihr Eindringen.



8:00 Uhr, ROD: Zwei uniformierte Polizisten verlangen Einlass ins Areal, ziehen sich aber zurück als sie nach einem richterlichen Beschluss gefragt werden.

9:20 Uhr, Warschau, ROD: 15 uniformierte Polizisten verschaffen sich durch einen Nachbarn Zugang zum ROD Areal. Sie schreiben die Namen derer auf, die sich vor Ort befinden, befragen sie und geben widersprüchliche Auskünfte bezüglich dem Grund ihres Eindringens.

ca. 12:00 Uhr, Warschau: Die Polizei durchsucht das Haus des ersten Verhafteten, den sie mitführen. Unser Kamerad hat zu diesem Zeitpunkt keine sichtbaren Verletzungen.

15:00 Uhr, Warschau, ROD: Fünf Polizisten befragen Menschen die sich in ROD befinden und geben keinen Grund für ihr Eindringen an.

ca. 15:00 Uhr, Warschau: Die Polizei durchsucht das Haus vom zweiten Verhafteten.

15.00 Uhr, Warschau, Plac Europejski 6: Aufgrund eines Bombenalarms wird das Hauptquartier von Frontex, der EU-Grenzschutz-Agentur evakuiert. Zur gleichen Zeit war eine Demonstration zur Erinnerung des Polizeimordes an Maxwell Itoya geplant, die aufgrund des Alarms abgesagt wird. Es stellt sich heraus, dass es ein Fehlalarm war.

ca. 17:00 Uhr, Warschau: Die Polizei besucht noch einmal das Haus, das sie um 12:00 Uhr aufgesucht hatten, diesmal ohne den Verhafteten.

24. Mai, 2016

Warschau, Staatsanwaltschaft: Die erste Verhörung der Gefangenen findet in der Bezirks-Staatsanwaltschaft statt. Spuren von Schlägen und Folterungen sind an den Körpern der Gefangenen sichtbar. Der Anwalt ist vor Ort, hat aber keine Möglichkeit ein privates Gespräch mit den Gefangenen zu führen.

25. Mai, 2016

Warschau, Bezirksgericht: Während der Anklagesitzung im Bezirksgericht entscheidet die Staatsanwaltschaft die Gefangenen für drei Monate in Haft zu halten.

15:00 Uhr, Warschau: Nach einer Pressekonferenz der Polizei erscheinen erste Presseartikel, welche die Worte eines Sprechers der Polizei zitieren, der solche Handlungen als „nicht weit von ... Terror-Aktionen“ beschreibt. In den Pressefotos wird der Gefangene, der sichtbare Zeichen von Schlägen im Gesicht hat, nur von hinten gezeigt.

18:00 Uhr, Warschau, vor dem Polizeipräsidium: Eine Pressekonferenz und öffentliche Mitteilung der anarchistischen Kollektive Warschau findet statt.

26. Mai, 2016

Warschau: Mitteilung der Warschauer Anarchistischen Föderation.

27. Mai, 2016

Poznań: Die Anarchistische Föderation der Abteilung Poznań veröffentlicht eine Mitteilung über Polizeigewalt und die Verhaftung von Aktivisten der anarchistischen Bewegung.

Ganz Polen: Ein offener Brief zur Verhaftung der drei Anarchisten in Warschau wird publiziert auf <http://syrena.tk/>

Olsztyn, Warschau: Falsche Boben-Alarms in den Gebäuden des TVP (nationaler Fernsehsender) und Radio Olsztyn, dem Verlagsbüro der Zeitungen „Fakt“ und „Przeгляд Sportowy“, der Börse und dem Nationalen Rat für Radio und Fernsehen TVP in Breslau.

28. Mai, 2016

9:30 Uhr, Krakau: Vier Polizisten führen eine Hausdurchsuchung bei einem Mitglied des Anarchistischen Bunds und der Gewerkschaft der Arbeiterinitiative. Er hatte einen Facebook-Event unter dem Titel „Strzeżcie się. Mamy po 2 butelki i karton“ (Vorsicht. Wir haben 2 Flaschen und einen Karton“) gepostet, der ironisch auf die Verhaftung der drei Anarchisten in Warschau anspielt. Die Polizei sagt, er hätte Menschen zum Terrorismus angestiftet. Obwohl ein Durchsuchungsbefehl fehlte durchsuchte die Polizei sein Haus und nahmen sein



Mobiltelefon und seinen Computer mit.

30. Mai, 2016

Eine Reihe von falschen Bombenalarms wird ausgelöst, unter anderem in:

Katowice: Silesia City Center, Zoll, Schatzkammer, Institut für Nationales Gedenken, Staatsanwaltschaft, Büro für Konkurrenz- und Konsumenten-Schutz, Generaldirektion für Landesstraßen und Autobahnen, Büros an der Korfantego Straße, dem Sitz des TVP Katowice;

Krakau: Büros am Szczepanski Platz, Galeria Kazimierz mall, Tesco am Kapelanka;

Gdańsk - Bezirksvolzugsanstalt in Pruszcz Gdanski und einer nahegelegenen Klinik, „Madison“ Shopping Center und „Cliff“ Shopping Center;

Breslau: TVP Karkanoska av., Steuerbehörde am Powstańców Śląskich, Zollbehörden am Herzena;

Warschau: Hotels und Büros, u.a. des OCCP und von FRONTEx.

2. Juni, 2016

Warschau, ROD: Polizeibeamter erscheint mit der Liste der am 23. Mai notierten Personen und befragt Anwesende. Als Grund und rechtmässige Grundlage für das Eindringen nennt er, dass er fortan wöchentlich nach dem rechten sehen wird.

4. Juni, 2016

Warschau: Publikation eines Kommentars mehrerer Anarchisten zu den jüngsten Ereignissen in Warschau.

8. Juni, 2016

18:00 Uhr, Wroclaw: Picket - gegen den Polizeistaat

14. Juni, 2016

Warschau: Die Anklage wird an die Bundesstaatsanwaltschaft für Organisiertes Verbrechen und Korruption übergeben. Ein erstes Verhör findet in dieser neuen Staatsanwaltschaft statt.

18. Juni, 2016

Warschau, Syrena: Zwei verdeckte Ermittler gelangen in die Besetzung. Als sie von Bewohnern enttarnt werden ziehen sie sich zurück.

20. Juni, 2016

Poznań: „Stoppt Polizei-Gewalt!“-Mahnwache vor dem Gerichtshof.



Was wir jetzt brauchen ist eine starke Solidarität vor den nächststen Attacken der Regierung auf die Gefangenen. Wir hoffen auf Solidaritäts-Aktionen in anderen Städten. Du kannst uns auch damit helfen kollektive Geldmittel zu sammeln um den Gefangenen finanziell zu helfen.

Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Freiheit für die Drei aus Warschau und alle Gefangenen des Staats!

Wir brauchen Solidaritäts-Aktionen!

Falls du mehr Informationen erhalten oder eine Spende machen willst, geh auf:

wawa3.noblogs.org und **resiste.squat.net**

Account Holder: VpKK e.V.

IBAN: DE 4085 0205 0000 0361 5700

BIC: BFSWDE33DRE

Bank für Sozialwirtschaft

Titel: Donation ABC Warsaw \ACK Warszawa